

Medienkonferenz zum neuen Infrastrukturbericht: «Mit Wettbewerb und nachhaltiger Finanzierung an die Spitze» – Forderungen der Schweizer Wirtschaft zur Infrastrukturpolitik Montag, 2. Juli 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Infrastrukturen: eine Aufgabe von Staat und Privaten

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere Unternehmen sind die grössten Bezüger von Energie, Transportleistungen auf Schiene, Strasse und in der Luft sowie Post- und Kommunikationsdiensten. Ohne leistungsfähige Infrastrukturen würde der Wirtschaft eine wichtige Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit fehlen. economiesuisse versteht den neuen Infrastrukturbericht deshalb als Richtschnur der Schweizer Wirtschaft für eine neue Infrastrukturpolitik. Unsere Leitmotive dabei: mehr Wettbewerb und eine solide marktorientierte Finanzierung. Daraus leiten wir unsere konkreten Forderungen zu den einzelnen Sektoren ab, für die wir uns in der aktuellen Legislaturperiode mit Nachdruck einsetzen werden.

Dieser Einsatz wird auch nötig sein, wenn wir einen Blick auf die anstehenden Herausforderungen werfen. Die grossen Baustellen geben aus Sicht der Wirtschaft einigen Anlass zur Sorge:

- Der Bundesrat erarbeitet eine neue Energiepolitik, die immer noch ungenügend Wunschvorstellung von Realitätsbezug trennt und die Wirtschaft als wichtigste Abnehmerin nicht hinreichend einbezieht.
- Die Liberalisierungen im Strom- und Postmarkt sind ins Stocken geraten.
- Und nicht zuletzt gleicht die Planung von Neu- und Ausbauprojekten im Verkehrsbereich mehr einem Basar denn einer seriösen gesamtwirtschaftliche Analyse, wie mit dem eingesetzten Franken am meisten Nutzen erzielt und allenfalls privates Kapital zum Wohl aller erschlossen werden kann.

In dieser Situation sehen wir unsere Aufgabe als nationaler Dachverband nicht darin, uns bei der Verteilung der öffentlichen Gelder für konkrete, regionalpolitisch wichtige Projekte einzusetzen, sondern aus gesamtwirtschaftlicher Sicht für die Beachtung wichtiger Grundsätze zu kämpfen. Für economiesuisse ist klar, dass Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Schuldenbremskonformität im Sinne einer wachstumsorientierten Politik gegenüber Transferausgaben vermehrt priorisiert werden müssen. Aktuell sehen wir aber, dass die Entwicklung der konsolidierten öffentlichen Haushalte diesem Grundsatz immer stärker entgegenläuft. 1990 beliefen sich die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat auf 43 Prozent der Gesamtausgaben. Seither ist dieser Anteil stetig gewachsen und dürfte ohne Gegenmassnahmen bis 2030 auf 72 Prozent anwachsen.

Diese Perspektive ist alarmierend. Unser Land kann nur finanziellen Spielraum für Infrastruktur-investitionen gewinnen, wenn es gelingt, die Kostenexplosion des Sozialstaates endlich in den Griff zu bekommen.

Angesichts dieser Ausgangslage wird auch der systematische Einbezug von Public-Private-Partnership-Modellen immer wichtiger. Insbesondere wegen der Unwägbarkeiten der gegenwärtigen Finanzund Verschuldungskrise suchen Unsummen privater Ersparnisse Investitionsmöglichkeiten in langfristig sicheren Anlagen. Diese schlafenden privaten Gelder nicht produktiv für den Infrastrukturbereich zu erschliessen, kommt einem volkswirtschaftlichen Unsinn gleich. Wir sehen drei Gründe, konkrete PPP-Projekte zu unterstützen: Erstens entlasten sie den öffentlichen Haushalt und machen den Weg für weitere, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Projekte frei. Zweitens dürfen mit dem Einbezug von professionellen privaten Akteuren auch in der Schweiz gewisse Effizienzsteigerungen erwartet werden. Drittens werden gerade im Verkehrsbereich durch PPP-Modelle mit einer möglichst nutzerorientierten Finanzierung die volkswirtschaftlich richtigen Anreize gesetzt. Damit werden Infrastrukturen nachhaltig finanziert. Wir sehen in der Infrastrukturpolitik den konsequenten Einbezug privaten Kapitals, verbunden mit einer Stärkung des Wettbewerbs, als magischen Ausweg zu all den volkswirtschaftlich schädlichen Infrastrukturengpässen, die unser Land kennt, beispielsweise am Gotthard oder bei der Genfersee-Überquerung.